



Niederschrift 46. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 26.04.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:47 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Rolf Kutzmutz	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Peter Lehmann	CDU	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Björn Teuteberg	FDP	
Herr Pete Heuer	SPD	

sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat	
Herr Dirk Kühnemann	Grüne/B90	
Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE	ab 18.05 Uhr
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Frau Alexandra Wendeler	FDP	
Herr Rudi Wiggert	SPD	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Volker Klamke	SPD	nicht teilgenommen
--------------------	-----	--------------------

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Timo Jacob	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Norbert Potthast	SPD	entschuldigt

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter	entschuldigt
---------------------	---------------	--------------

Herr Andreas Goetzmann

GB Stadtentwicklung
und Bauen

in Vertretung des Beigeordneten

Gäste:

Herr Lehmann (Stadterneuerung)

Herr Scheffler (Bereich Recht)

Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen)

Herr von Einem (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)

Niederschrift:

Frau Kropp, Viola

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.04.2011/ Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Umfrage zur Verkehrskonzeption für Drewitz (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0395
Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Straßenbahnverbindung zum Wissenschaftsstandort Golm
Vorlage: 11/SVV/0138
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP
 - 3.3 Verkehrsberuhigung Dr. Rudolf-Tschäpe-Platz
Vorlage: 11/SVV/0205
Gruppe Die Andere
 - 3.4 Auslegung des Nahverkehrsplans 2012-2016
Vorlage: 11/SVV/0234
Fraktionen Bündnis 90/DieGrünen, FDP, SPD
(mit Ea der Fraktion CDU)
 - 3.5 Keine Beeinträchtigung des Kulturstandortes Schiffbauergasse durch
Wohnbebauung
Vorlage: 11/SVV/0243
Fraktion DIE LINKE
 - 3.6 Erörterung der städtebaulichen Entwicklung im Bereich der Neustädter
Havelbucht
Vorlage: 11/SVV/0244
Fraktion DIE LINKE
 - 3.7 Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse
Vorlage: 11/SVV/0257
Gruppe Die Andere
 - 3.8 Alleenschutz

Vorlage: 11/SVV/0282
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Vorstellung der Vorplanungen zu den Radverkehrsmaßnahmen 2011
FB Stadtplanung und Bauordnung
(Der TOP wird spätestens 20.30 Uhr aufgerufen)
- 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 31.03.2011
bis 13.04.2011 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom
12.04.2011
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Verkauf einer noch zu vermessenden Teilfläche des Grundstücks Breite Straße
in Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0103
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.
Die Vertretung für den Beigeordneten nimmt Herr Goetzmann wahr.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.04.2011/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße
Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen
vom 12.04.2011 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen,
bei 0 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung gibt es die Bitte der Gruppe Die
Andere den Antrag 11/SVV/0205 Verkehrsberuhigung Dr. Rudolf-Tschäpe-Platz,
auf die Sitzung am 10.05.2011 zu vertagen.

Zum TOP 3.7 liegt die Information aus dem Büro der
Stadtverordnetenversammlung vor, dass die Überweisung des Antrages
11/SVV/0257 Nutzung Parkhausfassade SBG nicht in den SB-Ausschuss,
sondern nur in die Ausschüsse Kultur und Sport/Bildung erfolgte. Damit kann

dieser TOP heute entfallen.

Von Herrn Pfrogner liegt im Nachgang der öffentlichen Bürgerveranstaltung die Bitte um Information vor, wann die dort zugesagte Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse zur Umgestaltung des Leipziger Dreiecks erfolgen wird. Die Verwaltung wird unter dem TOP Sonstiges informieren.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Umfrage zur Verkehrskonzeption für Drewitz (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0395

Fraktion DIE LINKE

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass der Antrag im SB-Ausschuss bereits mehrmals vertagt worden ist und jetzt nach dem 3. Werkstattverfahren erneut aufgerufen werden sollte.

Herr Lehmann (Stadterneuerung) informiert, dass das Antragsanliegen angesichts des zwischenzeitlich erreichten Diskussionsstandes nicht mehr aktuell ist. Das 3. Werkstattverfahren ist durchgeführt worden. Herr Lehmann benennt anhand von Folien die bearbeiteten Handlungsfelder (u.a. Mobilität – Verkehr). Für eine Bürgervertretung sind 19 Kandidaten am 23.3.11 benannt worden, davon haben 17 am 3. Werkstattverfahren teilgenommen. Herr Lehmann informiert über die erreichten Konsense und Dissense (sh. Anlage) Die Durchführung eines 4. Werkstatttermins mit einem umfangreichen Programm und weitere Schritte der Beteiligung zum Masterplan sind vorgesehen (sh. Anlage – Zeitschiene Werkstattverfahren/Masterplan Gartenstadt Drewitz). Zusammengefasst ist man zu der Erkenntnis gelangt, dass das Antragsanliegen in anderer Form aufgenommen worden ist und sich durch den Stand der Diskussion bzw. der Inhalt in der Zwischenzeit überholt hat.

Herr Jäkel als Antragsteller kann sich der Ansicht nicht anschließen. Die Einbeziehung der Bürger und die Durchführung der Umfrage sollte in diesem Jahr erfolgen, so dass alle Bürger die Möglichkeit haben, ihre Zustimmung bzw. Ablehnung zu äußern.

Herr Goetzmann erkundigt sich, wie die Befragung im Zusammenhang mit dem Beteiligungskonzept verstanden werden soll. Das Instrument der Befragung kann durchaus ein Element sein, jedoch nicht ohne Entscheidung über die getroffenen gewählten Bürgervertreter hinaus. Er regt an, die Thematik etwaige Befragung vorher mit den Bürgervertretern zu diskutieren.

Herr Jäkel stimmt zu, dass die Umfrage im Zusammenwirken mit der Bürgervertretung erfolgen könne.

Frau Hüneke kann sich nicht vorstellen, dass die Befragung differenziert erforschen kann, was die Drewitzer/innen denken. Die Einbringung über die gewählten Vertreter in den Planungsprozess hält sie für eine gute Lösung. (sehr tiefgreifende inhaltliche Befassung – intensiver Mitwirkungsprozess).

Herr Heuer äußert, dass seines Erachtens die Umfrageintention wie im Antrag dargestellt (ja/nein-Frage) dem Gesamtanliegen zur Umgestaltung des Wohngebietes nicht gerecht werden könne.

Herr Pfrogner macht aufmerksam, dass der Antrag bereits knapp 1 Jahr alt sei und es zwischenzeitlich intensive Diskussionen gegeben habe. Ggf. sollte der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt modifiziert werden.

Herr Teuteberg stellt dar, dass die Beteiligung der Bürger in Arbeitsrunden, Werkstattverfahren und Bürgerbeteiligungen von der Verwaltung aufgegriffen worden ist. Er hält das von der Verwaltung vorgestellte Verfahren für gut, um Lösungen zu erarbeiten. In Bezug auf eine Umfrage verweist er auf zusätzliche Kosten und erhöhten Personalaufwand. Er regt an, den Antrag zurück zu ziehen.

Der Ausschussvorsitzende erinnert nochmals, dass bereits eine 3malige Zurückstellung des Antrages im SB-Ausschuss vorgenommen worden ist, um die Ergebnisse der Werkstattverfahren aufzunehmen. Er schlägt den Ausschussmitgliedern vor, mit dem jetzigen Erkenntnisstand die Abstimmung vorzunehmen. Die Fraktion habe bis zur nächsten STVV die Möglichkeit zu überlegen, ob der Antrag aufrecht erhalten oder ggf. zurück gezogen werden soll.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Wohngebiet Drewitz eine Bürgerumfrage zum vorgestellten Verkehrskonzept zu veranlassen.

Ziel der Befragung soll sein, dass auf der Grundlage der von den Bürgerinnen und Bürgern geäußerten Positionen zu den vorgestellten verkehrlichen Veränderungen im Stadtteil im Zusammenhang mit der geplanten Umgestaltung der Konrad-Wolf-Allee in eine verkehrsberuhigte Zone (Konrad-Wolf-Park) das z. Z. bestehende Konzept überarbeitet wird.

Das Ergebnis der Befragung wird der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Septembersitzung 2010 vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.2 Straßenbahnverbindung zum Wissenschaftsstandort Golm

Vorlage: 11/SVV/0138

Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

Herr Lehmann bringt den Antrag ein. Die Terminstellung 4.5.2011 wird auf den 1.6.2011 geändert.

Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass unterschiedliche Überlegungen für unterschiedliche Komplexe erforderlich sind. Diese Thematik der Straßenbahnverbindung vom bisherigen Straßenbahnnetz zum Wissenschaftspark Golm wird im Rahmen der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr (STEK-V) als eine mögliche Variante untersucht. Mit dem STEK-V werden die unterschiedlichsten Szenarien unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums von ca. 10 % bis 2020 untersucht und in diesem Jahr vorgestellt werden.

Ein denkbarer Ansatz zu Entwicklungspotentialen liegt im Bereich des ÖPNV, und zwar konzentriert auf solche Angebote, die die Stadt steuern kann. Die Stadt ist Aufgabenträger für den ÖPNV innerhalb des Stadtgebietes, einschließlich Tram.

Der übrige schienengebundene Nahverkehr unterliegt der Aufgabenträgerschaft des Landes Brandenburg.

Hinsichtlich Überlegungen, ob und an welchen Stellen im Bereich des Straßenbahnnetzes Änderungen oder Erweiterungen vorgenommen werden sollten, wurde in einer ersten Machbarkeitsstudie u.a. untersucht, wie der Wissenschaftspark Golm an das leistungsfähige Tram-Netz angebunden werden könnte. Für eine

Abschätzung anhand der vorhandenen Verkehrspotentiale müssen dafür auch wenigstens im Grundsatz Trassenführungen betrachtet werden, um die Effekte für die Verteilung des Verkehrs auf die Verkehrsträger dem Vergleich von Szenarien im STEK-V zugrunde zu legen.

Aus diesem Grund bittet Herr Goetzmann dieses Element (Straßenbahnverbindung zum Wissenschaftsstandort Golm) nicht abgekoppelt vom Zusammenhang zu diskutieren, sondern im Zusammenhang mit dem STEK-V.

Ende Mai/Anfang Juni 2011 ist die Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen, die dann eine verständliche Zusammenschau solcher planerischer Elemente mit der jeweiligen Ausrichtung der zugehörigen verkehrspolitischen Szenarien erlaubt. Auf Nachfragen sagt Herr Goetzmann zu, für das Protokoll eine knappe schriftliche Zusammenfassung des heute gesagten zu liefern, damit die Ausschussmitglieder die Zusammenhänge noch einmal nachvollziehen können.

Frau Hüneke nimmt Bezug auf 2 Gutachten und bittet, diese jeder Fraktion zur Kenntnis zu geben und bittet um Auskunft, was in der Öffentlichkeitsbeteiligung Ende Mai vorgelegt werden kann?

Herr Lehmann greift das Angebot von Herrn Goetzmann auf und bittet das von Herrn Goetzmann geäußerte, in das Protokoll aufzunehmen. Mit diesem Vorbehalt könnte der Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt angesehen werden.

Herr Teuteberg als Mit Antragsteller schließt sich dem an.

Herr Pfrogner bittet die Unterlagen nicht den Fraktionen zu übermitteln, sondern in digitaler Form allen SB-Ausschussmitgliedern. Zum Zeitpunkt der Bürgerbeteiligung sollte die Freigabe des Wissenstandes auch öffentlich erfolgen.

Herr Goetzmann informiert, dass ihm nur eine Machbarkeitsstudie zur Straßenbahnanbindung Golm (Machbarkeitsstudie Straßenbahn Golm von der Fa. Zauft bekannt ist. Diese wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Eine andere in der Diskussion angesprochene Studie „Drehscheibe Golm“ ist von der IHK beauftragt worden; die Verwaltung wird sich bemühen, auch diese für die Ausschussmitglieder verfügbar zu machen.

zu 3.3 Verkehrsberuhigung Dr. Rudolf-Tschäpe-Platz

Vorlage: 11/SVV/0205

Gruppe Die Andere

Die Behandlung wird auf Bitte des Antragstellers auf die Sitzung am 10.05.2011 vertagt.

zu 3.4 Auslegung des Nahverkehrsplans 2012-2016

Vorlage: 11/SVV/0234

Fraktionen Bündnis 90/DieGrünen, FDP, SPD
(mit Ea der Fraktion CDU)

Herr Teuteberg und Herr Lehmann bringen den Antrag bzw. Änderungsantrag ein.

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass es sich hierbei um 2 verschiedene Anträge handelt (kein Änderungs- oder Ergänzungsvorschlag).

Herr Goetzmann äußert zum Formalen, dass er den Antrag der CDU-Fraktion so verstanden habe, dass er an den Beschlusstext des Ursprungsantrages angefügt werden soll.

Die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes 2007-2012 erfolgt mit fixierten Rahmenvorgaben für den ÖPNV. Dies erfolgt in Abhängigkeit von Budget (mittelfristige Finanzplanung) Der Fahrplan konkret wird durch den beauftragten Verkehrsbetrieb erarbeitet.

Ein Beteiligungsprozess äquivalent eines Bebauungsplanverfahrens würde dazu führen, dass dieser erst im Herbst 2012 verabschiedet werden könnte (Vorläufe für Vorlagen entsprechend Geschäftsordnung STVV).

Weiterhin schätzt Herr Goetzmann ein, dass es zu 95 % Einwendungen/Hinweise/Einzelwünsche etc. von Bürgern geben wird, die entweder nicht die abstrakte Ebene der Rahmenvorgaben betreffen, sondern z.B. den Fahrplan, oder aber wegen des vorgegebenen Budgetrahmens keine Berücksichtigung finden können. Er äußert die Befürchtung, dass durch den größeren Beteiligungsrahmen eine große Erwartungshaltung entsteht, die im Ergebnis nicht erfüllt werden kann.

Herr Goetzmann stellt anhand von 2 Folien den Projektplan 2011-12 mit Auslegung und Projektplan 2011 ohne Auslegung vor (sh. Anlagen). Ohne Auslegung könnte die Beschlussfassung des Nahverkehrsplanes Potsdam 2012 – 2016 im Januar 2012 erfolgen. Mit Auslegung im Herbst 2012. Die Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit über eine Reihe von Workshops ist

in jedem Fall vorgesehen.

Frau Hüneke bittet um Vertagung zur Beratung in der Fraktion. Herr Lehmann schließt sich dem an. Er bittet jedoch, den Antrag erst wieder in der Sitzung am 24.5.11 auf die Tagesordnung zu nehmen. Dann ginge es um die Frage einer großen oder eingeschränkten Beteiligung.

Herr Heuer äußert, dass es für ihn vorstellbar sei, den Beschluss heute zu fassen und präferiert hier die Auslegung für alle.

Herr Teuteberg hält fest, dass die Verwaltung – trotz Zurückstellung des Antrages – beginnen kann, da beide Pläne (ob mit od. ohne Auslegung) am Beginn identisch sind.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt durch Kopfnicken Einverständnis, den Antrag bis zur zweiten Mai-Ausschusssitzung zurück zu stellen.

zu 3.5 Keine Beeinträchtigung des Kulturstandortes Schiffbauergasse durch Wohnbebauung
Vorlage: 11/SVV/0243
Fraktion DIE LINKE

Eine Einbringung erfolgt nicht.

Herr Goetzmann macht deutlich, dass in dem Antrag zu unterschiedlichen Punkten Stellung genommen werden muss.
Zum ersten Satz des Antrages – keine Wohnbebauung in der Schiffbauergasse – besteht Einvernehmen mit der Verwaltung.
Am Standort der Schiffbauergasse ist ein Boardinghaus genehmigt worden; hier handelt es sich um so etwas wie einen Beherbergungsbetrieb mit dem Anspruch eines längeren Aufenthaltes. Ein Boardinghaus ist keine Wohnbebauung. Den über den Antragstext vermittelten Zusammenhang zwischen einer Wohnbebauung und einem Boardinghaus kann die Verwaltung nicht teilen. Herr Goetzmann verweist hier auf verschiedene Rechtsprechungsstellen.
Die Verwaltung sieht keine Möglichkeit eine rechtmäßig erteilte Baugenehmigung aufgrund eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zurück zu nehmen.

Herr Goetzmann fasst zusammen, dass die Verwaltung der Auffassung ist, dass die Baugenehmigung rechtmäßig erteilt worden ist und nicht auf der Grundlage eines STVV-Beschlusses zurück genommen werden kann. Die Zielrichtung, keine Wohnbebauung an dieser Stelle, wird durch die Verwaltung verfolgt.

Der Ausschussvorsitzende regt an, den zweiten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen und den ersten und dritten Absatz zu belassen. Auch Herr Heuer und Frau Hüneke schließen sich dem an.

Herr Pfrogner unterbreitet den Vorschlag, nicht nur den Hauptausschuss und

Kulturausschuss zu informieren, sondern zusätzlich auch den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen. Für die Terminstellung könnte statt April 2011 Mai 2011 festgelegt werden.

Herr Goetzmann äußert keine Einwände, die 3 genannten Ausschüsse vor der Sommerpause zu informieren.

Seitens der Ausschussmitglieder wird gebeten, dass die erbetene Stellungnahme bereits im Vorgriff auf die entsprechenden Ausschusssitzungen den Mitgliedern zukommen sollte.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Antrag zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dagegen aus, dass der Kulturstandort Schiffbauergasse durch eine Wohnbebauung eingeschränkt wird. ~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Rücknahme der Baugenehmigung für ein Boardinghouse zu veranlassen.~~

Dem Hauptausschuss, ~~und dem Ausschuss für Kultur~~ **und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen** ist im ~~April~~ **Mai** 2011 eine rechtliche Stellungnahme zu den in diesem Zusammenhang bisher gefassten Beschlüssen sowie zu den Möglichkeiten für die Sicherung eines uneingeschränkten Veranstaltungsbetriebs im Kulturstandort vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.6 Erörterung der städtebaulichen Entwicklung im Bereich der Neustädter Havelbucht
Vorlage: 11/SVV/0244
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Goetzmann berichtet, dass dieser Antrag einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung habe. Aus dem Erlös des Grundstücksverkaufes Breite Straße sollen finanzielle Mittel für den Ankauf des Grundstückes Schopenhauer Str. 22 gewonnen werden. Zielstellung des Kompensationsgeschäftes ist die Entwicklung entsprechend den Vorgaben des B-Planes Nr. 20 in Übereinstimmung mit den Belangen des Weltkulturerbes. Hier hat es mit dem derzeitigen Eigentümer seit ca. 1 ½ Jahren intensive Verhandlungen gegeben. Die Möglichkeit der Zweckbindung ist geklärt.

Der aktuell erreichte Diskussionsstand zum Neubau in der Breiten Straße ist auch für die Verwaltung noch nicht befriedigend. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, den Beschlusstext in der Vorlage 11/SVV/0103

(Grundstücksgeschäft im nicht öffentlichen Teil) um folgenden Absatz zu ergänzen:

„Der Kaufvertrag wird erst beurkundet, wenn das Bauvorhaben vorher abgestimmt ist. Dieses Bauvorhaben ist dann zum Gegenstand des Kaufvertrages zu machen, sofern dies vergaberechtlich zulässig ist. Das abgestimmte Vorhaben ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vor der abschließenden Beurkundung vorzulegen.“

Herr Jäkel kann dem Kompensationsgedanken nicht folgen. Er macht aufmerksam, dass die Parkplatzversorgung vor Ort (Breite Straße) nicht ausreichend sei. Auch den Erhalt der Bäume halte er für erforderlich.

Herr Heuer und Frau Hüneke betonen, dass für eine Beurteilung des Vorhabens in der Breiten Straße die konkrete Kenntnis über das Bauvorhaben (was wird gebaut, welche Größe etc.) notwendig sei. Auch Herr Pfrogner sieht in diesem Vorhaben keine Stadtentwicklung, sondern vorrangig eine Immobilienentwicklung und regt z.B. die Einbeziehung des Gestaltungsrates oder die Durchführung eines Wettbewerbes an. Frau Hüneke meint, dass die Fläche durchaus eine Entwicklung erfahren solle. Jedoch solle dies nicht im Abgleich mit möglichst viel Masse erfolgen. Sie bittet ggf. im nicht öffentlichen Teil um zusätzliche Informationen.

Für den Ausschussvorsitzenden wäre denkbar, den Antrag nur auf den ersten Satz: „Der OBM wird beauftragt, die städtebauliche Qualität im Bereich des Wohngebietes Neustädter Havelbucht zu sichern, die Lebensqualität zu bewahren und behutsam zu entwickeln.“ zu beschränken.

Herr Jäkel äußert, dass eine Modifizierung möglich wäre. Der erste Satz bleibt bestehen und die Entwicklung im Konsens mit den Anwohnern.

Herr Goetzmann erklärt, dass Konsens gleichzusetzen ist mit der Zustimmung der Anwohner. Dies könne kaum erreicht werden. Zum Beispiel würde eine Teilbebauung nicht zu dem für das Kompensationsgeschäft erforderlichen Betrag führen und somit der Zweck unerreicht bleiben. Eine vermeintliche Kompromisslösung, die den verfolgten Zweck nicht erreicht, wäre aus seiner Sicht schlechter als ein gänzlichliches Scheitern der Bemühungen.

Herr Jäkel stellt den Antrag, den ersten und den letzten Satz zu beschließen. Der Rest sollte in die Begründung einfließen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die städtebauliche Qualität im Bereich des Wohngebietes Neustädter Havelbucht zu sichern, die Lebensqualität zu bewahren und behutsam zu entwickeln.

~~Das preisgekrönte Architekturensemble der Neustädter Havelbucht soll in seinem Charakter und in seiner derzeit vorhandenen Verteilung der Gebäude und~~

~~Baumassen erhalten bleiben. Die das Stadtbild prägenden Bäume auch zwischen Markthalle und Schopenhauerstraße sind zu erhalten. Parkplätze von Anwohnern sollen nicht ohne Ersatz überplant werden. Etwaige bauliche Ergänzungen müssen sich den vorgenannten Zielen unterordnen und behutsam im Konsens mit den Anwohnern geplant werden.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.7 Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse

Vorlage: 11/SVV/0257

Gruppe Die Andere

Keine Behandlung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen, da der Antrag nur in den Kulturausschuss sowie den Ausschuss Bildung/Sport überwiesen worden ist.

zu 3.8 Alleenschutz

Vorlage: 11/SVV/0282

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor. Nachfragebedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Vorstellung der Vorplanungen zu den Radverkehrsmaßnahmen 2011

FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr von Einem (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) stellt sich als kommissarisch eingesetzter Radverkehrsbeauftragter vor und erläutert anhand einer Präsentation die für das Jahr 2011 vorgesehenen Radverkehrsmaßnahmen, ggf. in Abhängigkeit vom Verfahren mit Fortsetzung im Jahr 2012.

Seitens verschiedener Ausschussmitglieder wird bedauert, dass ihnen die Präsentation nicht bereits im Vorgriff der Ausschusssitzung zugegangen ist. Zu einzelnen Vorhaben werden Rückfragen gestellt bzw. Hinweise gegeben und andere hier nicht genannte Maßnahmen angefragt.

Der Ausschussvorsitzende unterbreitet den Vorschlag, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen. Die heute gezeigte Präsentation wird den Ausschussmitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt. Im Vorgriff der Sitzung am 10.5.2011 werden die Ausschussmitglieder gebeten, ihre

Fragen, Hinweise etc. an die Ausschussbetreuerin, Frau Kropp, zu übermitteln.

zu 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 31.03.2011 bis 13.04.2011 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 12.04.2011

FB Stadtplanung und Bauordnung

Aus der Aufstellung vom 31.03.2011 bis 13.04.2011 wird zu folgenden Vorhaben in der nächsten Sitzung um Information gebeten:

2011-01155 - Gutenbergstr. 94

2011-01156 - Gutenbergstr. 95

2011-01216 - Stiftstr. 7

2011-01306 - Kirschallee 172

2011-01325 - Gutenbergstr. 1

Herr Goetzmann informiert zu den in der Sitzung am 12.4.2011 nachgefragten Vorhaben.

zu 5 Sonstiges

Die Bitte von Herrn Pfrogner zu Beginn der Sitzung aufgreifend, informiert Herr Praetzel, dass die Veröffentlichung der Planungsstudie zum Leipziger Eck am 6. Mai 2011 unter www.potsdam.de/Verkehr erfolgen wird.

Zum Hinweis von Herrn Pfrogner, dass die Beendigung der Auslegung des Flächennutzungsplanes bereits vor diesem Termin sei, teilt Herr Goetzmann mit, dass die Entscheidung zu den Varianten der Verkehrsführung am Leipziger Dreieck keine Auswirkungen auf den Flächennutzungsplan habe.

Frau Hüneke bittet im Ausschuss um Information zum aktuellen Planungsstand zur Bibliothek und unter Bezugnahme auf die Mitteilungsvorlage auch zum Stand der Turnhalle in der Kurfürstenstraße.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Informationen am 10.5.11 unter dem TOP Sonstiges gegeben werden könnten.